

Die Grenzen charismatischer politischer Führung

Lateinamerikas Linke vor neuen Kursbestimmungen

Daniel Brombacher / Günther Maihold

Nach einer Dekade des Vormarschs zeigen die aktuellen Entwicklungen auf dem Subkontinent, dass die lateinamerikanische Linke an einen Scheideweg gelangt ist und Gefahr läuft, die Fehler der von ihr geschmähten Vorgängerregierungen zu wiederholen. Der jahrelange Erfolg der Linken in ihren unterschiedlichen Spielarten hat die Regierungen in Ländern wie Brasilien, Ecuador und Venezuela vergessen lassen, dass politische Herrschaftsmodelle, die nur auf charismatischer Führung fußen, nicht nachhaltig sind. Und auch die von außen gern vorgenommene Unterscheidung zwischen einer vermeintlich guten gemäßigten und einer schlechten radikalen Linken lässt sich immer weniger aufrechterhalten. Personalistischer Führungsstil und der versäumte Aufbau intermediärer Instanzen kennzeichnen heute »beide« Linken in der Region. Drei aktuelle Geschehnisse zeugen von den Grenzen des einstigen linken Erfolgsmodells in Lateinamerika: Die Kongresswahlen in Venezuela am 26. September, der am 30. September eskalierende Konflikt zwischen Staatspräsident Correa und der Polizei in Ecuador sowie der überraschende Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 3. Oktober 2010.

Die lateinamerikanische Linke sonnte sich in der vergangenen Dekade in ihrem Erfolg und hat dabei die Chance vertan, tragfähige und nachhaltige Partei- und Repräsentationsstrukturen aufzubauen. Der charismatische Führungsstil einzelner Staatspräsidenten ersetzte die intermediäre Funktion von Parteien und Parlamenten. Die Regierungen der sogenannten neuen Linken, die im Zuge von Elitenwechseln in mehreren Staaten der Region an die Macht kamen, haben ihr Versprechen, eine inklu-

sive, demokratische und stabile Herrschaft zu etablieren, nicht eingelöst. Die alten Parteiensysteme haben sich in Ländern wie Ecuador, Bolivien oder Venezuela weitgehend zersetzt, neue sind nicht entstanden. Einem friedlichen demokratischen Interessenausgleich ist damit die Grundlage genommen. Soziale Konflikte schlagen dann unmittelbar auf die politischen Strukturen durch und führen zu krisenhaften Zuspitzungen. Die derzeitigen Entwicklungen in Brasilien, Ecuador und Venezuela

zeigen, dass ungeachtet eventueller ideologischer Trennlinien zwischen den Regierungen jener Staaten das Modell der charismatischen linken Herrschaft insgesamt auf Grund zu gehen droht. Die neuen linken Eliten laufen gegenwärtig Gefahr, die Fehler ihrer Vorgänger zu wiederholen und nicht über die Amtszeit schillernder Führungspersonlichkeiten hinauszudenken. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse können sie nur finden, wenn sie sich dem Aufbau repräsentativer Strukturen und der Konzeption glaubwürdiger programmatischer und verlässlicher ideologischer Profile zuwenden.

Balkon statt Parteien und Parlament

Der mutmaßliche Putschversuch mittlerer und niederer Ränge der ecuadorianischen Polizei gegen Präsident Correa entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Eskalation eines simplen Konflikts zwischen der Regierung und einer Interessengruppe, die in diesem Fall eine waffentragende ist. Statt als Versuch der Machtübernahme ist diese Episode als Beleg für das Scheitern personalistischer Führung zu werten. Staatsoberhaupt Correa hatte sich persönlich darum bemüht, den Polizeiapparat zum Einlenken zu bewegen; mit der Besetzung von Kasernen im ganzen Land hatten Polizisten ihren Protest gegen das nach präsidentiellem Veto veränderte neue Gesetz über den öffentlichen Dienst (*ley de servicio público*) zum Ausdruck gebracht, das Sondervergünstigungen der Polizei beschneidet und ihre Beförderungspraxis strenger reglementiert. Anstatt dem zuständigen Minister oder der Polizeiführung die Lösung des Konflikts anzutragen, hatte Correa sich dazu entschlossen, mit einem Auftritt in einer besetzten Kaserne die meuternden Polizisten zur Raison zu bringen. Im Verlauf dieser Begegnung wurde er attackiert und dann in einem Krankenhaus in Quito über mehrere Stunden festgehalten.

Das Handlungsprinzip des Präsidenten, sich Konflikten und Interessen persönlich anzunehmen, ist nicht neu und Ausdruck

der Krise der repräsentativen Demokratie in Ecuador. Präsidentielle Reden vom Balkon haben das Agieren und Interagieren der Institutionen ersetzt. Das traditionelle Parteiensystem war bereits vor 2006 nicht mehr in der Lage, die divergierenden Interessen des ethnisch, regional und sozial zunehmend fragmentierten Landes im politischen Entscheidungsprozess aufzunehmen und auszugleichen. Die von Correa schon im Wahlkampf Ende 2006 versprochene Bürgerrevolution und rasche Umgestaltung des politischen Systems hin zu einem inklusiveren Gesellschaftsmodell gipfelte 2008 in der Annahme einer neuen Verfassung. Eine Phase der Stabilität schien sich abzuzeichnen, aber das erodierte Parteiensystem wurde durch keine alternativen Repräsentationsinstanzen ersetzt. Auch Correas Bewegung *Acuerdo País* hat die Transformation von einer losen Bewegung hin zu einer Partei bislang nicht geschafft. Es ist die direkte Interaktion des Präsidenten mit den Wählern, wie nach den Geschehnissen des 30. September 2010 vom Balkon des Präsidentschaftspalasts aus, die an die Stelle demokratischer Legitimations- und Repräsentationsmechanismen tritt. Das politische System wird in der Folge hochgradig instabil.

Dieses Entwicklungsmuster ist nicht auf Ecuador beschränkt: Im letzten Jahrzehnt haben charismatische linke Führungspersonlichkeiten in zahlreichen weiteren Staaten der Region traditionelle Eliten der Oberschicht in Regierungsämtern abgelöst. Der Kokabauernführer Evo Morales in Bolivien und der ehemalige Armenbischof Fernando Lugo in Paraguay traten wie vor ihnen Hugo Chávez in Venezuela und Daniel Ortega in Nicaragua ihre Ämter mit dem Versprechen an, für mehr Demokratie, Inklusion und Umverteilung zu sorgen. Die meisten dieser Präsidenten verdanken ihre Wahl dem Verschleiß und der Delegitimierung der althergebrachten Eliten und Parteien.

Hyperpräsidentialismus und plebiszitäre Herrschaft

Die neuen linken Eliten setzen wie Präsident Correa auf charismatische Führung statt auf parteipolitische Durchdringung der Gesellschaft. Selbst etablierte Parteien wie die brasilianische Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) haben es zugelassen, dass ihre genuine Repräsentationsfunktion durch personalistische Herrschaftsmuster überlagert wurde. Das unerwartet schlechte Abschneiden der designierten Lula-Nachfolgerin Dilma Rousseff in der ersten Runde der brasilianischen Präsidentschaftswahlen am 3. Oktober 2010 zeugt indes von den Schwierigkeiten der Linken, charismatische Herrschaft in dauerhaftes politisches Gewicht zu überführen und mit einer klaren programmatischen Linie zu versehen. Die überraschend starke Kandidatin der grünen Partei, Marina Silva, die über 19 Prozent der Stimmen erzielen konnte, brachte ihren Wahlerfolg auf den Punkt: »Wir haben die Idee besiegt, dass es bei dieser Wahl allein um eine Volksabstimmung (für oder gegen Präsident Lula) geht«. Und die ehemalige Umweltministerin fuhr fort: »Im 21. Jahrhundert kann man keine Wahl ohne Programm gewinnen!«

Das große Vertrauen, das die erfolgsverwöhnte Linke in Lateinamerika in die Wirkung des Charismas setzt, geht häufig mit der Fehleinschätzung einher, die hohen Zustimmungsraten verliehen ihr einen gesamtgesellschaftlichen Alleinvertretungsauftrag. Viele der linken Regierenden in Lateinamerika sind der Versuchung erlegen, durch die übergebührende Anwendung plebiszitärer Elemente wie zum Beispiel verfassunggebender Versammlungen sowie häufiger Wahlen und Referenden die Geltungsdauer ihres Machtanspruchs zu verlängern und ihre Wiederwahl zu ermöglichen. Ob in Argentinien in Gestalt der Familie Kirchner oder in Venezuela in Gestalt von Hugo Chávez, es sind in immer stärkerem Maße Personen, mit denen politische Positionen identifiziert werden. Politische Programme und Parteien verschwinden dahinter. Opposition-

nelle Bewegungen werden zunehmend (etwa durch Wahlrechtsänderungen) marginalisiert, justiziell verfolgt oder über Medienkontrolle ihrer Artikulationsmöglichkeiten beraubt. Trotz eines für ihn ernüchternden Ausgangs der Parlamentswahl hat der venezolanische Präsident Chávez das Ergebnis kurzerhand zum Erfolg erklärt. Er will sein sozialistisches Entwicklungsprojekt weiter vertiefen. Damit ist vorhersehbar, dass sich die innergesellschaftlichen Interessenkonflikte in Venezuela zuspitzen werden, denn es gibt keinerlei institutionelle Mechanismen, mit deren Hilfe sie demokratisch verarbeitet werden könnten. Das vorherrschende Schema der Machtausübung in Lateinamerika, die charismatische Führung, ist also nicht nur politisches Stilmittel, sondern auch Kennzeichen eines politischen Prozesses, der ohne institutionelle Puffer abläuft.

In Ecuador zeichnete sich 2008 bereits während der Sitzungen der verfassunggebenden Versammlung rasch ab, dass die Bewegung *Acuerdo País*, die über eine deutliche Mehrheit im Verfassungskonvent verfügte, ihre demokratischen Ideale zugunsten einer wenig partizipatorischen und intransparenten Regierungsweise aufgeben würde. Der zunehmend autoritäre Führungsstil Präsident Correas und die geringe Einbeziehung divergierender Interessen im Lande haben zu einer fortschreitenden Fragmentierung der sozialen Kräfte geführt, die immer mehr zu außerparlamentarischen und mitunter gewalttätigen Mitteln greifen, um ihre Ziele durchzusetzen.

Ein ideologischer Klärungsprozess der Linken setzt ein

Die jüngsten Wahlergebnisse und gewaltsamen Vorfälle in Lateinamerika haben eines deutlich gemacht: Der Erfolg der linken Regierungen steht auf wackeligen Beinen, sofern sie sich nur auf charismatische Führungspersönlichkeiten verlassen. Die ihnen zuteilwerdende Zustimmung ist vergänglich und – wie im Falle Lulas in Bra-

silien – nur schwer übertragbar. So konnte Lulas PT zum Beispiel ihre Kandidaten bei den wegen ihres Stimmgewichts wichtigen Bundesstaaten São Paulo, Minas Gerais und Río de Janeiro nicht durchbringen. Ohne eine Verankerung der Parteistrukturen in der Gesellschaft gelingt es trotz des Präsidentenbonus selbst einer gewachsenen Struktur wie der PT nicht, in der Breite und auf längere Zeit erfolgreich zu sein. Dass sich lange bestehende Milieubindungen der Mitte-Links-Parteien aufgelöst haben, zeigt auch der Fehlschlag der *Concertación* in Chile, die erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie nicht mehr den Präsidenten stellt; ihr christdemokratischer Kandidat Eduardo Frei ging zwar als Sieger aus internen Vorwahlen hervor, allerdings erst, nachdem das Bewerberfeld zuvor eingeschränkt worden war. Dass er letztlich gegen den konservativen Sebastián Piñera unterlag, hat unter den Sozialisten des Landes eine Diskussion darüber entfacht, ob die bisherigen Methoden der Kandidatenselektion geeignet sind, den Interessen der Bevölkerung wirklich nahezukommen. Vergleichbare innere Klärungsprozesse stehen vielen Gruppierungen der Linken Lateinamerikas noch bevor, die sich in gleichermaßen wenig institutionalisierten Bewegungsparteien gegenwärtig noch sicher aufgehoben fühlen.

Wer besetzt die Mitte?

Die Neigung, sich an Personen statt an Programmen zu orientieren, ist Ursache dafür, dass Wählerbindungen in Lateinamerika sehr flüchtig sind. Die Linke hat es nicht geschafft, dieses überkommene Muster zu ihren Gunsten zu verändern und die Mitte dauerhaft für sich zu gewinnen. »Links« und »rechts« bleiben auch nach den Elitenwechseln in der Region weiche Kategorien. Wo eine linke Regierung sich positioniert, entscheiden meist allein die jeweiligen Allianzen, die sie mit gesellschaftlichen Gruppen eingeht. Vor diesem Hintergrund verliert auch die Unterscheidung zwischen einer radikalen und einer gemäßigten Lin-

ken mehr und mehr an Sinn. Zwar wurde die den traditionellen Eliten der Oberschicht nächstliegende politische Rechte in Lateinamerika in den vergangenen Jahren zunehmend von linken Bewegungen von der Macht verdrängt, gegenwärtig sind indes erste Anzeichen zu erkennen, dass gemäßigt konservative Kräfte wieder auf dem Vormarsch sind, wie etwa in Chile, Kolumbien, Panama und Honduras. Dies bedeutet zwar noch keine massive Verschiebung der politischen Gewichte in Lateinamerika, es macht aber deutlich, dass das Projekt der Anbindung der Mitte an die Linke unvollendet geblieben ist. Die »Mitte« scheint ein politisch relativ ungefestigtes Terrain zu sein, das leicht von Kräften des konservativen Spektrums zurückerobert werden kann. Wie schnell sich das Vertrauen auf das Charisma der Führungspersönlichkeit als Fehlkalkulation erweisen kann, belegt der Erfolg von Marina Silva in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Brasilien. Da die Linke ihre ideologische Standortbestimmung den Launen ihres Führungspersonals überließ, kann die Rechte in Ländern wie Chile oder in Panama, aber auch in Kolumbien inzwischen die Mitte der Gesellschaft für sich beanspruchen.

Die Rekonfiguration der politischen Kräfteverhältnisse in Lateinamerika ist eine entscheidende Weichenstellung für die Entwicklung des Subkontinents. Die deutsche Politik sollte es als Chance begreifen, den sich anbahnenden Klärungsprozess innerhalb der Linken, die Neuordnung der Rechten und das Entstehen starker grüner Initiativen durch Kooperationsangebote zu begleiten. Die Arbeit der politischen Stiftungen sollte erweitert oder ergänzt werden durch Angebote der Beratung im Hinblick darauf, wie demokratische Repräsentationsstrukturen aufgebaut und innerparteiliche und innergesellschaftliche Moderationsprozesse etabliert werden können.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364